

# Lühner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 60.

Stadtblatt für Lahn und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel, Schönau (Rappach). — Für den Inhalt verantwortlich: Otto Herrmann, Schönau (Rappach).  
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Rappach).

## Die Ausgabe

erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,50 M., monatlich 50 Pf., frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,65 M., mit Abtrag 1,80 M.

## Amtliche Zeitung

für die Veröffentlichungen der ködt. Behörden und des Amtsgerichts.

## Anzeigenpreis

1spaltige Grundzelle oder deren Raum 15 Pf., für ausw. Anzeigen 20 Pf., Letztzelle 40 Pf. Bei gerichtl. Beitreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 9 Uhr.

Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausschließung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für die richtige Übergabe von durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 58.

Lahn, Dienstag, den 20. Mai 1919.

16. Jahrg.

## Die Versailler Friedensbedingungen.

### Gegen den Vernichtungsfrieden.

Zehn große Protestkundgebungen gegen den Gewaltfrieden hatte in Berlin die Deutsche Volkspartei einberufen. U. a. sprachen die Abgg. Geheimrat Kahl, Geheimrat Garntsch, Pfarrer Wismann (Bromberg) und Josa Klockow. Überall wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Es wäre gewissenloser Volkverrat, deutsches Land und deutsche Volksgenossen der Fremdherrschaft preiszugeben oder durch die Übernahme unermesslicher Lasten den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft unmöglich zu machen.“ Eine Versammlung der Ausländer in Berlin hat folgende Entschließung angenommen: „Die in Berlin ansässigen Ausländer richten an das Gewissen der Völker einen flammenden Protest gegen den schwächsten Frieden von Versailles, der ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit, auf Treue und Glauben ist. Unsere Volksgenossen in der Heimat mögen mit uns ihre Stimme erheben, auf daß ein neuer, gerechter Frieden zustande komme.“

### Protest der Unabhängigen in Oberschlesien.

Das Verhalten der Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei findet in Oberschlesien den schärfsten Widerspruch. In einer Sitzung in Breslau, in der der Minister des Inneren, Heine, anwesend war, sprach sich der Führer der ober-schlesischen Unabhängigen, Rechtsanwalt Richterstein, für die Einigkeit aller Parteien im Proteste gegen die Friedensbedingungen

aus. Die Haltung der Berliner „Freiheit“ werde von den ober-schlesischen Unabhängigen nicht verstanden.

### Kundgebungen aus dem Westen.

Eine gewaltige Kundgebung veranstaltete die Essener Bürgerchaft. Weit über hunderttausend Personen füllten den weiten Burgplatz und die angrenzenden Straßen. Oberbürgermeister Dr. Luther erhob mit flammenden Worten Protest gegen den Gewaltfrieden. Die Rede und eine entsprechende Entschließung fanden stürmische Zustimmung der Riesensmenge.

### Das „Unannehmbar“ des badischen Landtags.

In feierlicher Sitzung nahm der badische Landtag zu den Versailler Friedensbedingungen Stellung. Staatssekretär Geiß legte die entschieden ablehnende Stellung der badischen Regierung dar und erklärte: „Wir sind entschlossen, das Schlimmste zu tragen für die Zukunft unseres Volkes. Wir verzichten nicht auf unsere Rechte. Für diesen Vorschlag haben wir nur ein einziges Wort: Unannehmbar!“ Dieses „Unannehmbar“ wurde von den Rednern aller Parteien in flammenden Protesten zum Ausdruck gebracht.

### Der Gedanke der Volksabstimmung.

Wie der „Germania“ gemeldet wird, beschäftigt sich das Kabinett nach wie vor mit der Frage einer Volksabstimmung über die Friedensverhandlungen für den Fall, daß jetzt keine Abänderung des Entwurfs möglich ist. Einen end-

gültigen Beschluß habe das Kabinett noch nicht gefaßt. Auch die Fraktionen der Nationalversammlung beschäftigen sich mit dieser Frage.

### Ablehnung der deutschen Gegenanträge.

„Mornigpost“ meldet aus Paris: Die Unterkommision der Verbündeten-Konferenz hat zu den bisherigen deutschen Gegenanträgen Gutachten abgegeben, die auf Ablehnung der deutschen Gegenanträge hinauslaufen. Über die finanzielle Frage wird noch verhandelt. „Daily News“ melden aus Paris: Es gewinnt den Anschein, als ob man die deutschen Gegenanträge nicht zur Grundlage einer Überprüfung der Friedensbedingungen machen wolle, aber auch einen Meinungsaustrausch mit Deutschland wolle man nicht ablehnen. Die Abreise Fochs ins Hauptquartier kann verschiedentlich gedeutet werden.

### Keine wesentliche Änderung der Friedensbedingungen.

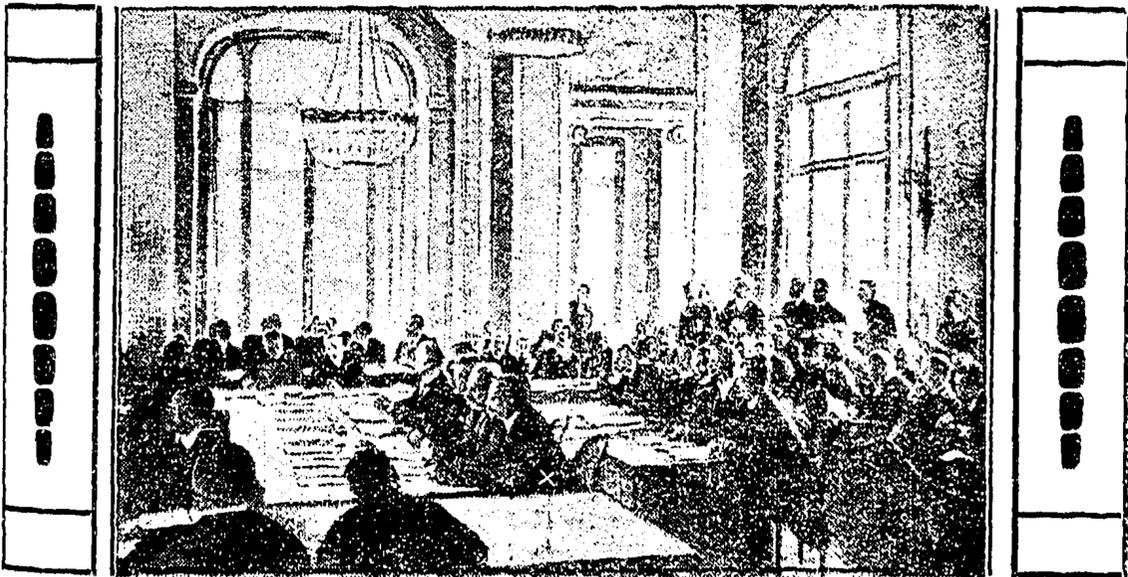
Curzon sagte in einer Rede im englischen Unterhause, daß die Alliierten in jeder Weise ihre Vorbereitung getroffen hätten, falls die Deutschen sich weigern sollten, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Es würde in keine wesentliche Abänderung des Vertrages eingewilligt werden.

### Berichtigung des Vertragsentwurf.

Nach einer Meldung aus Versailles hat Präsident Clemenceau der deutschen Delegation eine Reihe von Berichtigungen zu dem Entwurf des Friedensvertrages mitgeteilt. Die meisten beziehen sich auf geringfügige Versehen oder Druckfehler. Zwei dieser Berichtigungen haben jedoch eine nicht unerhebliche Bedeutung, da sie den Sinn gewisser Teile des Vertrages ändern. Die erste bezieht sich auf die von uns nach der russischen Revolution im November 1917 geschlossenen Verträge. Nach dem ursprünglichen Text waren alle Verträge, die wir seit dieser Revolution mit allen Regierungen oder politischen Gruppen in dem Gebiet des ehemaligen russischen Reiches geschlossen hatten, ungültig, während die neue Fassung nur die Verträge mit der maximalistischen Regierung in Rußland für ungültig erklärt. Unsere Verträge mit der Ukraine, Finnland usw. würden durch diese neue Fassung also nicht berührt. Die zweite Berichtigung ändert die Bestimmung, nach der die Alliierten die bereits geräumten Gebiete Deutschlands sofort wieder besetzen können, wenn wir irgendwelche Bedingungen des Vertrages nicht einhalten, indem sie sagt, daß diese Wiederbesetzung eintritt, falls Deutschland sich weigert, eine Bedingung des Vertrages einzuhalten.

### Der Kampf um den Frieden.

Reichspostminister Giesberts, der auf einige Tage von Versailles zur Berichterstattung nach Berlin gekommen war, und am Sonnabend die Rückreise nach Versailles angetreten hat, schreibt in einem Leitartikel in der „D. N. Z.“ u. a.: Von der Unerfüllbarkeit des Friedensvertrages



In Versailles.

Das Bild, nach einer Photographie der französischen Zeitschrift „L'Illustration“, veranschaulicht die historische Sitzung am 7. Mai in Versailles, in der der deutschen Abordnung die Friedensbedingungen überreicht wurden. Am linken Tische im Hintergrunde des Bildes sitzen

die Ententebelegierten, vorn links die Vertreter von China und Brasilien. In der Mitte sitzt die deutsche Abordnung: Schücking (X), Giesberts, Brockdorf-Rantzau, Landsberg, Lemert, Melchior. Dahinter sitzen die deutschen Sekretäre, weiter nach hinten rechts die Vertreter der Presse.